

Atommüll

Atomlager Asse: Lug und Trug von Anfang an

Atomkonzerne drückten Sicherheitsstandards – Greenpeace-Recherchen zeigen heimliche Allianz zwischen Aufsichtsbehörden und Stromkonzernen

Auf Druck der Energiekonzerne hat die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF, heute Helmholtz-Zentrum München) als Betreiberin des maroden Endlagers Asse II im Jahr 1975 ihre Sicherheitsstandards für die Einlagerung von Atommüll gesenkt. Das belegt ein Schriftwechsel zwischen Stromkonzernen, GSF und Bundesinnenministerium, den Greenpeace ausgewertet hat. Im Endlager angelieferte Fässer durften ab Dezember 1975 fünf Mal mehr Radioaktivität enthalten als ursprünglich vorgesehen. Die Energiekonzerne verlangten zudem von der GSF Zugeständnisse bei den Betonabschirmungen der Fässer. Greenpeace fordert vom künftigen niedersächsischen Untersuchungsausschuß, die damaligen Absprachen und Verträge der Beteiligten lückenlos aufzuklären.

„Es gab eine heimliche Allianz zwischen der Politik und den Atomkonzernen“, so Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace. „Die Atomindustrie hatte ein Entsorgungsproblem. Um es zu lösen, wurde die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt. Die Energiekonzerne handelten getrieben von Profitgier und die Politik hat sie dabei unterstützt.“

In einem im Dezember 1974 von RWE und Co. verfaßten Memorandum für die „Beseitigung radioaktiver Rückstände aus Kernkraftwerken“ forderten die Stromkonzerne von der GSF geeignete Bedingungen für die Einlagerung des Atommülls, die ihrem „... Wunsch nach kostenminimalen und ökonomischen Lösungen ...“ entsprechen. Dabei

schielen für die Atomkraftwerksbetreiber die radioaktive Strahlung abschirmende Betonummantelungen der Fässer „... hinsichtlich einer optimalen Nutzung des Lagervolumens nicht sinnvoll zu sein“. Ab Mai 1975 war das Bundesministerium des Inneren mit einbezogen. Im Dezember 1975 erlaubte die GSF eine um das Fünffache höhere Radioaktivität der Atommüllfässer.

Bereits im Februar 2009 widerlegte Greenpeace die Darstellung der Atomindustrie, Müll aus privatwirtschaftlichen Atomkraftwerken sei nur in geringen Mengen in die Asse verklappt worden. Tatsächlich stammen mehr als 70 Prozent der Radioaktivität von atomaren Abfällen aus Atomkraftwerken der vier großen Energiekonzerne EnBW, RWE, Vattenfall und E.on.

Greenpeace fordert eine Brennstoffsteuer, über die die Energiekonzerne an den horrenden Sanierungskosten der Asse beteiligt werden. „Die Atomkraftwerksbetreiber haben massiv am billigen Endlager Asse verdient“, so Heinz Smital. „Sie müssen nach dem Verursacherprinzip nun für die Folgekosten ihrer Profitgier aufkommen.“ Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtags soll die gravierenden Mißstände in der Asse untersuchen.

Radioaktive Laugen seit 1967 bekannt

Bereits 1967 hat die GSF im maroden Salzstock Asse II mit Tritium kontaminierte Lauge festgestellt. Das geht aus einem Bericht der GSF an das

Bergamt Goslar aus dem Jahr 1994 hervor, der Greenpeace vorliegt. „Seit 42 Jahren suppt Radioaktivität in die Laugen der Asse und den Verantwortlichen war es von der ersten Sekunde an bekannt! Es ist unfassbar, daß die Einlagerung von Strahlenmüll in die Asse nicht gleich zu Beginn gestoppt wurde“, sagt Tobias Münchmeyer, Atomexperte von Greenpeace.

Der Bericht der GSF an das Bergamt trägt den Titel: „Überwachung der Lauge auf Kontamination aus dem Bereich der südlichen Richtstrecke auf der 750-m-Sohle im Rahmen des betrieblichen Rahmenschutzes“. Aus ihm geht hervor, daß 1967 radioaktives Tritium in einer Konzentration von „ca. 3 kBq/l“ (= 3.000 Becquerel pro Liter), also um den Faktor 1.500 über dem Normalwert, gemessen wurde. Ein Hinweis auf mögliche Leckagen, Streckenkontaminationen oder kontaminierte Transportbehälter, dem aber offenbar nicht weiter nachgegangen wurde. Woher die Kontamination der Lauge tatsächlich stammt, wird aus dem Dokument nicht deutlich.

Auch der Statusbericht des Niedersächsischen Ministeriums für Umweltschutz (NMU) vom August 2008 übersieht die seit 1967 bekannte mit Tritium kontaminierte Lauge und informiert die Öffentlichkeit nur unvollständig. Das von Minister Hans-Heinrich Sander (FDP) geführte NMU formuliert darin vage: „Diese Kontaminationen sind auf frühere Streckenkontaminationen während der Einlagerung (1967 - 1978) zurückzuführen“.

„Wenn sich unsere Vermutungen bewahrheiten, daß der niedersächsische Umweltminister Sander Informationen verschwiegen hat und er sich gegen den Asse-Untersuchungsausschuß und damit gegen eine umfassende Aufklärung des Asse-Skandals gesperrt hat, müssen jetzt

schnell Konsequenzen gezogen werden“, sagt Münchmeyer und fordert den Rücktritt Sanders.

Anzeigen gegen die Ex-Betreiber des Atomlagers Asse

Am 22. Juni 2009 hat der 46 Jahre alte Maschinenschlosser Eckbert Duranowitsch Pressemeldungen zufolge Strafanzeigen, unter anderem gegen die früheren Geschäftsführer des Helmholtz-Zentrums München und drei Strahlenschutzbeauftragte, und ein Dossier von mehr als 300 Seiten Umfang und vier Jahrzehnte umfassend an die Staatsanwaltschaft Braunschweig übergeben. Duranowitsch erkrankte an Leukämie, nachdem er bis 1990 im Atommülllager Asse gearbeitet hatte. Die Staatsanwaltschaft reagierte ungewöhnlich schnell: Duranowitschs Angaben seinen „so schlüssig, daß wir unmittelbar nach der ersten Sichtung die bisherigen Vorermittlungen auf förmliche Füße gestellt haben“, heißt es. Duranowitsch nennt weitere Kollegen, die an Krebs erkrankten und zum Teil bereits gestorben sind. Nach Ansicht des Helmholtz-Zentrums München (früher Gesellschaft für Strahlenforschung, GSF), das die Anlage bis zur Übernahme durch das Bundesamt für Strahlenschutz Ende 2008 betrieb, reicht dies jedoch „nicht für eine aussagefähige Statistik“. Laut Duranowitsch und Kollegen war der Atommüll in der Belegschaft „kein Thema“ gewesen, „groß abgesperrt war da nix“, „es hieß immer, eine Wanderung auf dem Brocken sei gefährlicher, als hier unten zu arbeiten“. Auf manchen Sohlen sei der Laugensumpf meterhoch gestiegen, auf der 750-Meter-Sohle habe er mehrmals mit dem Schlauchboot fahren müssen. Heute kennt Duranowitsch Dokumente, denen zufolge die Lauge mit bis zu 3 Millionen Becquerel Tritium pro Liter kontaminiert war. ●